

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Ute Koczy,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12308 –**

### **Milch-Exportsubventionen sofort stoppen – Weitere Zerstörung der Märkte in Entwicklungsländern verhindern**

#### **A. Problem**

Durch Exportsubventionen künstlich verbilligte europäische Milcherzeugnisse drängen traditionelle Milcherzeuger in den Entwicklungsländern von ihren Märkten und verhindern den Auf- und Ausbau eigener Strukturen. Die meisten Exporte gehen nach Afrika.

Zudem widerspricht die Wiederaufnahme der Zahlung der Exportsubventionen dem Geist der Verhandlungen auf der WTO-Ebene und wird zu weiteren Verwerfungen in den Verhandlungen auf der internationalen Ebene mit der EU führen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/12308 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende und  
Berichterstatterin

**Johannes Röring**  
Berichterstatter

**Manfred Zöllmer**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Manfred Zöllmer, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/12308** in seiner 220. Sitzung am 7. Mai 2009 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Durch Exportsubventionen künstlich verbilligte europäische Milcherzeugnisse drängen traditionelle Milcherzeuger in den Entwicklungsländern von ihren Märkten und verhindern den Auf- und Ausbau eigener Strukturen. Die meisten Exporte gehen nach Afrika.

Zudem widerspricht die Wiederaufnahme der Zahlung der Exportsubventionen dem Geist der Verhandlungen auf der WTO-Ebene und wird zu weiteren Verwerfungen in den Verhandlungen auf der internationalen Ebene mit der EU führen.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen dazu aufgefordert werden,

- sich dafür einzusetzen, dass ab sofort keine Exportsubventionen für Agrarexporte gewährt werden, und dass die Festsetzung von Exporterstattungen für Milch und Milcherzeugnisse rückgängig gemacht wird;
- kurzfristig nationale Maßnahmen zu ergreifen, um die Milchmenge in Deutschland zu reduzieren;
- sich für die Entwicklung und Einführung eines flexiblen Steuerungsinstruments für die Milchmenge in der EU einzusetzen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12308 in seiner 130. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12308 in seiner 89. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und dazu folgenden Antrag formuliert: „Der Ausschuss bittet die Bundesregierung eindringlich, sich weiterhin gegenüber der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, keine Exportsubventionen für Agrarexporte in Entwicklungsländer zu gewähren.“ Dieser Antrag wurde angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme eines Vertreters der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung eines Vertreters der Fraktion der FDP sowie der gesamten Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/12308 in seiner 105. Sitzung am 13. Mai 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** konstatierte, die gegenwärtige Gewährung von Exporterstattungen insbesondere in Richtung der infolge der Wirtschaftskrise dramatisch wegbrechenden Absatzmärkte in Ost-Europa sei – auch innerhalb der WTO – zulässig und unterstützenswert. Allerdings wolle man diese zukünftig zurückfahren und abschaffen. Im Zusammenhang mit der schwierigen Situation der Milchbetriebe sei festzustellen, dass hier in erster Linie ein Absatz- und an zweiter Stelle ein Mengenproblem bestehe. Daher sei die Haltung der antragstellenden Fraktion zum Thema Exporterstattungen nicht nachvollziehbar. Kritikwürdig am vorliegenden Antrag seien weiterhin das vorgeschlagene Mengensteuerungssystem sowie die Verquickung beider Themenbereiche. Die Mengensteuerung sei längst überholt. Zudem habe sich die Europäische Union mehrheitlich dafür ausgesprochen, diese abschaffen zu wollen. Ferner wäre es abenteuerlich, wenn Deutschland als Exportland Nummer 1 eine protektionistische Grenze um Europa bauen wolle. Ohne diese würde das vorgeschlagene System nicht funktionieren. Alternativ müsste man von den Milchbauern verlangen, die Milchmenge auf 60 Prozent zu reduzieren, was unrealistisch sei. Die antragstellende Fraktion mache gegenüber den Milchbauern nicht haltbare Versprechungen. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, der vorliegende Antrag vermische die Situation des deutschen Milchmarktes mit den Themen Exporterstattungen und WTO. Die Problematik auf dem deutschen Milchmarkt habe es bereits vor Einführung von Exporterstattungen in diesem Bereich gegeben. Es gebe allerdings einige Berührungspunkte. Problematisch sei aber die im vorliegenden Antrag in voller Hilflosigkeit vorgeschlagene Mengenregulierung. Diese bedeute, bei einer Überkapazität von 20 Prozent am Markt müssten Produkte aufgekauft, verarbeitet, gelagert und gegebenenfalls vernichtet werden. Genau diese Form von Agrarpolitik habe man seinerzeit zusammen bekämpft. Im Zusammenhang mit Exporterstattungen habe man seine diesbezügliche ablehnende Haltung verdeutlicht. Zudem habe die Europäische Union im Rahmen der WTO-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, diese Erstattungen bis zum Jahr 2013 in Europa abschaffen zu wollen. Die Forderung nach ihrer sofortigen Abschaffung sei nicht zielführend. Vielmehr müsse im europäischen Verbund versucht werden, Ergebnisse zu erzielen. Den vorliegenden Antrag lehne man daher ab.

Die **Fraktion der FDP** monierte, der vorliegende Antrag vermische zwei sehr ernst zu nehmende Sachverhalte auf unglückliche und unfaire Weise. Daher lehne man diesen ab. Unstreitig sei, dass man Agrarexporte in Entwicklungsländer stoppen solle. Die Forderung nach nationalen Maßnahmen zur Reduzierung der Milchmenge in Deutschland sowie

nach Einsatz eines flexiblen Steuerungsinstruments für die Milchmenge in Europa halte man für unehrlich gegenüber den Milchbauern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, Exportsubventionen lehne man ab. Diese würden den inländischen Landwirtschaftsstrukturen nicht helfen und seien vor Ort unwirksam und schädlich. Dennoch werde man sich bei dem vorliegenden Antrag der Stimme enthalten. Dieser beschreibe nur unzutreffend die Gründe bzw. die Wirkung von Exporterstattungen im Zusammenhang mit dem Thema Milch. Des Weiteren halte man die Aussage für inakzeptabel, wonach die Wiederaufnahme der Zahlung von Exportsubventionen dem Geist der WTO-Verhandlungen widerspreche. Vielmehr kritisiere man die WTO-Verhandlungen insgesamt und sei der Auffassung, dass dort insbesondere entwicklungspolitisch falsche Weichenstellungen erfolgten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die thematisierten Exportsubventionen und die Situation der Milch gehörten zusammen. Exportsubventionen seien als

eine hilflose Antwort auf die derzeitige Marktsituation bei der Milch wieder zum Leben erweckt worden. Festzustellen sei aber, dass dieses Instrument nicht funktioniere. Auf der anderen Seite belasteten die Milchmengen den Markt. Daher fordere man auch die Reduzierung der Milchmengen, um eine solche Überproduktionssituation nicht weiter zu schaffen. Eine der Autoindustrie vergleichbare krisenhafte Entwicklung wolle man nicht haben. Entscheidend sei daher, dass man mit ordnungspolitischen Maßnahmen eine einfache Regelung erreichen könne. Die aktuelle Marktsituation und die Situation der Erzeuger könnten nicht weiter hingenommen werden, weshalb man zu einer Mengenregulierung kommen müsse.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 16/12308 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

**Johannes Röring**  
Berichtersteller

**Manfred Zöllmer**  
Berichtersteller

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatlerin

**Ulrike Höfken**  
Berichterstatlerin